Ich glaube, wenn wir hier den Einstieg finden – und damit möchte ich abschließen –, werden wir hinreichend Materialien haben. Ich stimme Herrn Schaefgen zu. Wir werden am Ende in einer ganzen Anzahl von Fällen zu einer Bestrafung kommen, müssen aber, glaube ich, heute schon deutlich machen, daß der Rechtsstaat natürlich „In dubio pro reo“ bedeutet, daß er auch bedeutet, daß nicht alles nicht verjährt ist, daß also das Ruhen der Verjährung, wenn es dann angenommen wird – und danach sieht es ja aus –, nicht alles erfaßt. Ich denke beispielsweise an irgendeine – ich sage einmal – harmlose Verdächtigung aus dem Jahre 1953. Das würde die Justiz auch gar nicht schaffen.

Und ich will ein letztes sagen: Bei dem Riesenprogramm, das Herr Schaefgen hier dargestellt hat, müssen wir eben, abgesehen von der Strafbarkeit der Täter, auch an die Opfer denken. Da wird die Dimension noch deutlicher: 1,3 Millionen Akteneinsichtsanträge liegen bei der Gauck-Behörde vor. Das haben Jürgen Fuchs und ich am letzten Sonnabend auf dem Historikerkongreß im Auditorium maximum – da saßen wir auch schon genau in derselben Reihenfolge zusammen – von Herrn Geiger erfahren. Es seien schon 50 000 sozusagen positiv beschieden, wurde mitgeteilt. Die Behörde hat inzwischen 2900 Mitarbeiter. Letztlich muß man noch wissen, daß immerhin schon 50 % des gesamten MfS-Materials geordnet sind, was immer das heißen mag. Auch dies läßt einen Schluß zu, welche Dimension insgesamt auf uns zukommt.

Und deswegen: Die Strafjustiz ist nicht das Alleinseligmachende bei der Aufarbeitung. Wir müssen an all diese Bereiche denken.

Was das Tatortrecht und das Tatzeitrecht angeht – und da will ich nicht noch einmal in die juristische Diskussion einsteigen –, bin ich einigermaßen optimistisch und habe nicht die Bedenken, die hier auf dem Podium vorhin zum Teil geäußert worden sind. Wir werden auch mit dem DDR-Recht – und das ist eben zunächst einmal anzuwenden, glaube ich – in einer Vielzahl von Fällen zu rechtsstaatlich abgesicherten Ergebnissen kommen und brauchen nicht alles das zu bemühen, was hier vorhin bis zur Frage des Naturrechts erörtert worden ist.

Damit habe ich meine Zeit weit überzogen. Ich bitte um Verständnis. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Sie merken an unserer Reaktion, daß wir dieses Verständnis haben. Ich danke für Ihre Erinnerung. Auch an dieser Stelle wird deutlich: Wenn wir für morgen etwas bauen wollen, müssen wir wissen, was gestern war. Herr Manfred Kittlaus, bitte.

Manfred Kittlaus: Mein Name ist Manfred Kittlaus. Ich bin von der Polizei Berlin und dort seit 11/4 Jahr damit beauftragt, das Pendant zu Herrn Schaefgen aufzubauen; denn eine Staatsanwaltschaft ohne die kriminalpolizeiliche Ermittlungsbasis ist eigentlich völlig wirkungslos, oder

sie verzettelt sich in Einzelermittlungen. Das kann nicht Aufgabe der Staatsanwaltschaft sein.

Ich will das Zahlenwerk, das Herr Schaefgen am frühen Nachmittag hier dargestellt hat, nicht aus meiner Sicht ergänzen, weil sich die Arbeitsfelder natürlich überschneiden und weil sie im wesentlichen gleich sind. Wir aber bei der Polizei müssen noch zusätzlich das Dunkelfeld berücksichtigen, und – Herr Schaefgen hatte das heute nachmittag schon angedeutet – wir müssen versuchen, systematisch die vorhandenen Datensammlungen aus der DDR auszuwerten, die, Herr Grasemann, letztlich zu dem Beweisergebnis führen, das wir jetzt vorfinden und das wir zusammentragen und auswerten können.

Sehr früh war Berlin belastet als der Ort, an dem die zentralistisch geführte DDR ihre zentralen Stellen, ihre Entscheidungsfunktionen hatte, zweitens als der Ort, an dem sich die zentralen Datensammlungen befinden, wie die Sammlung des früheren Ministeriums für Staatssicherheit, das militärische Zwischenarchiv in Potsdam, die Obduktionsunterlagen, die in Berlin zentral gesammelt wurden, und ähnliches. Die Berliner Polizei war also sehr früh dazu aufgerufen, in diesem Bereich tätig zu werden – die Berliner Polizei, die mit der Übernahme des Ostteils der Stadt, der extrem steigenden und der sich auch qualitativ sehr zum Negativen verändernden Kriminalität erheblich belastet war.

Es wurden dann- und ich will auf diesen Aspekt hier auch eingehen – in verschiedenen politischen Gremien sehr schnell Beschlüsse gefaßt, die von einer nationalen Verantwortung, von einer nationalen Aufgabe auch bei der strafrechtlich-juristischen Aufarbeitung der Vergangenheit der ehemaligen DDR sprachen. Diese Beschlüsse sind, soweit es die Polizei betrifft, über ein Jahr fast gar nicht umgesetzt worden. Der erste völlig unzulängliche Unterstützungsansatz waren 34 Kriminalbeamte, die man nach Berlin schicken wollte. Dieser Beschluß datiert vom 2. Mai 1991. Vorausgegangen war schon im Dezember 1990 ein Beschluß, wonach jedes Bundesland zwei Beamte zu entsenden hat. Ende des Jahres 1991 waren elf Beamte in Berlin.

Wir haben also erbittert – sage ich einmal – Aufklärungsarbeit im politischen Bereich, erbittert auch Öffentlichkeitsarbeit betreiben müssen, um den Anspruch an den Rechtsstaat, letztlich auch an das Ansehen der Polizei und damit die Aufklärung der hier vorliegenden Kriminalität halbwegs zu befriedigen. Es ist inzwischen besser geworden, aber ich meine, es war doch wichtig, darauf hinzuweisen, daß insbesondere in den alten Bundesländern das Interesse an der Aufklärung dieses Teils der deutschen Vergangenheit zunächst jedenfalls nur äußerst zögerlich zu Ergebnissen führte. Und nur auf nachdrückliche Mahnung auch durch den Bundeskanzler – will ich einmal sagen – kam es dann dazu, daß sich die Verhältnisse inzwischen gebessert haben.

Anerkannt sind 488 Beamte für eine zentrale Ermittlungsstelle in Berlin, die ergänzt werden muß und jetzt teilweise ergänzt wird durch fünf Ermittlungs-

stellen gleicher Art in den fünf neuen Bundesländern, die mehr oder weniger fortgeschritten im Aufbau sind. Ich war persönlich in allen Bundesländern und hoffe, daß dieser Aufbau zügig vonstatten geht.

Wir haben derzeit 160 Beamte aus den übrigen Bundesländern in Berlin. Wir erwarten in Kürze weitere 30 und auch die ersten aus Brandenburg, so daß wir im Oktober über 300 Beamte einsetzen können. Wir sind zur Zeit noch in sieben dezentral über die gesamte Stadt Berlin verteilten Dienststellen untergebracht. Ich brauche wohl nicht zu erläutern, daß dies die Dienststelle nicht unbedingt bewegungsunfähig macht, aber doch erheblich behindert. Gott sei Dank ändert sich auch das. Wir haben vom Bund nunmehr ein zentrales Bürogebäude in idealer Lage unmittelbar neben dem alten Polizeipräsidium in Berlin-West am Platz der Luftbrücke zugewiesen bekommen, so daß auch diese Voraussetzung einer gedeihlichen Aufklärung von der Schwerpunktzentrale Berlin aus letztlich in Gang kommen kann. Wir sind dabei, ein EDV-Verbundsystem zu den fünf neuen Bundesländern und auch zum Bundeskriminalamt aufzubauen.

Hier spielen Kostenfragen eine Rolle, und wir hoffen, daß das letzte, allerdings das wichtigste Moment im Aufbau dieser Dienststelle, nämlich die Finanzierung, demnächst ebenfalls positiv gelöst werden kann. Die Innenministerkonferenz hat der gemeinsamen Konzeption bei der Polizei in Berlin zugestimmt. Die Finanzministerkonferenz hat im Mai durch einen Beschluß die Finanzierung durch Bund und Länder abgelehnt. Dieses Thema soll auf die Tagesordnung der Ministerpräsidentenkonferenz kommen. Der Bund hat inzwischen zugesagt, über 20 % der Kosten zu übernehmen, so daß ich hoffe, daß die übrigen Bundesländer ihren Beitrag leisten werden und wir dann eine gesicherte finanzielle Basis haben.

Ich darf sagen, das ist etwas ganz Praktisches: Die aus dem übrigen Bundesgebiet nach Berlin entsandten Beamten haben ihre Planstellen zu Hause; sie haben dort auch nach einem Jahr die Aussicht, in einem geordneten beruflichen Werdegang auch ihre persönliche Zukunftsperspektive zu verwirklichen. Die Berliner Beamten sind aus der Berliner Behörde abgeordnet. Wir haben keinen eigenen Stellenplan. Sie müssen weiterhin aus der Berliner Behörde, die äußerst stark belastet ist, versorgt werden, und die Beamten sehen wenig Zukunft. Deshalb ist es ganz wichtig, auch diese finanzielle Basis zu bekommen.

Das wollte ich an dieser Stelle zur Entwicklung dieser Dienststelle sagen. Die Zusammenarbeit mit Herrn Schaefgen gestaltet sich, wie ich meine, reibungslos, und die persönlichen Kontakte zu den bei ihm arbeitenden westdeutschen Staatsanwälten sind sehr gut.

Lassen Sie mich abschließend noch zwei Gesichtspunkte erwähnen: Ich bin Polizeibeamter, ich habe demzufolge vom Gesetzgeber her eine Doppelfunktion übertragen bekommen: zum einen die Strafverfolgung nach der Straf-

prozeßordnung, dem Legalitätsprinzip. Darüber wurde heute sehr eingehend diskutiert, auch im Zusammenhang mit ihren juristischen Problemen. Ich möchte das von meiner Seite aus jetzt nicht vertiefen. Ganz wesentlich ist aber das, was eingangs an diesem Tisch hier angesprochen wurde, nämlich die gegenwärtige und zukünftige Wirkung einer nicht bewältigten kriminellen Vergangenheit eines Teils dieses Landes Deutschland und mein sehr begründeter Eindruck, daß in den Altbundesländern die Bedeutung der Aufklärung dieses Teils der deutschen Vergangenheit überhaupt nicht erkannt wird. Man glaubt, das betreffe den fernen Osten und Berlin, und das sei ein Problem des Landes Berlin, ein Problem der fünf neuen Bundesländer, und die Berliner sollten das im wesentlichen zentral machen, sie waren ja Hauptstadt der DDR. Man verkennt ganz einfach, daß dies ganz nachhaltig und massiv auf das Rechtsbewußtsein der gesamten Bundesrepublik zurückwirken wird, wenn hier nicht in aller Eile, in aller Sorgfältigkeit und vor allem mit allem Einsatz gearbeitet wird.

Dazu gehört auch die Diskussion um Zulagen für die in die neuen Bundesländer und nach Berlin entsandten Beamten. Bitte verzeihen Sie, wenn ich mit so banalen Themen hier ankomme, aber hier sitzt ein vom Bundestag beauftragter Ausschuß. Ohne derartige Dinge ist die Arbeit nicht zu leisten. Wir brauchen motivierte Beamte, wir brauchen interessierte Beamte, wir brauchen keine Zwangsverpflichteten, die für sechs Monate nach Berlin gehen und dort die Zeit im wesentlichen nur totschlagen.

Wir haben es hier in weiten Bereichen, soweit es den wirtschaftlichen Teil der Regierungs- und Vereinigungskriminalität betrifft, mit einer akuten Gegenwartskriminalität zu tun, die ganz massiv in die Zukunft hineinwirkt. Westdeutsche Wirtschaftskriminelle haben sich mit Personengruppen und Einzelpersonen aus dem früheren Staatsverband der DDR zusammengetan, haben wirklich wesentliche Werte abgezweigt, sind derzeit dabei, diese Werte in den Wirtschaftsfluß zurückzuführen – man nennt das in anderen Bereichen ganz einfach „Geld waschen“, und wir können diesen Begriff hier ohne weiteres übertragen –, und sie schaffen ein Netzwerk organisierter Wirtschaftskriminalität, an dem sich die künftig arbeitenden Ermittlungsbehörden Hände und Füße wärmen dürfen, wenn wir nicht jetzt in diesen Prozeß des Geldwaschens direkt hineingreifen, wo es auch noch kriminalistische, staatsanwaltschaftliche Möglichkeiten gibt, Beweise zu beschaffen. Dies ist eine akute Gegenwartskriminalität mit erheblichen Gefahren für die Zukunft und eben nicht nur für die fünf neuen Bundesländer und dieses Berlin, sondern für die gesamte Bundesrepublik. Und dies muß man in den Verwaltungen und auch in der Polizei der übrigen Bundesländer wirklich verinnerlichen. Wir werben an allen Stellen dafür, es ist aber sehr schwer, glaube ich, am Bodensee oder in Schleswig-Holstein diese Problematik zu sehen und sie zu seiner eigenen zu machen.

Vorhin ist an diesem Tisch gesagt worden: Rostock, Hoyerswerda oder auch Sachsenhausen haben direkt auch mit der Vergangenheit zu tun. Es wäre vermessen von mir, hier tiefer einzusteigen und zu analysieren. Aber aus meinen jahrzehntelangen Erfahrungen im Bereich der Bekämpfung der Gewaltkriminalität weiß ich und wissen wir, daß die nicht oder unzureichend bewältigte NS-Vergangenheit sicherlich eine der wesentlichen Fragen war, die 1968 und danach gestellt wurden. Als darauf keine richtige Antwort kam, war das eine von mehreren Ursachen der damals aufbrandenden Welle der Gewalt, die letztlich direkt in den bundesdeutschen Terrorismus der RAF einmündete, an dem wir ja heute noch zu tragen haben. Nicht bewältigte Vergangenheit von rechts führte in der alten Bundesrepublik zu Linksextremismus. Nicht bewältigte Vergangenheit von links führt zu Rechtsextremismus. Das ist noch nicht untersucht, aber ein Gedanke, der, wie ich glaube, es wert wäre, von Kriminologen näher beleuchtet zu werden. Schönen Dank. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bin traurig darüber, daß – wenn ich das richtig sehe – keiner der vorhin anwesenden Journalisten die Kraft gehabt hat, über die Pause durchzuhalten.

(Widerspruch eines Journalisten)

– Ich bewundere Sie. Herzlichen Dank. Sie haben eine ungeheure Verantwortung, so meine ich. Die drei Beiträge, die ich zuletzt gehört habe, verdienen es alle drei, wenn ich einmal eine Note verteilen darf, im Wortlaut veröffentlicht zu werden, damit endlich der fatale Gedanke wegkommt, man habe ja viel, viel Wichtigeres zu tun, als sich um das zu kümmern, was zwischen 1945 und 1990 geschah.

Jetzt kommt das, worauf mancher unter Ihnen offensichtlich schon lange gewartet hat: die einzige Frau hier vorn.

Ulrike Poppe: Es ist ein bißchen fatal, auf diese Weise angekündigt zu werden, und ich hoffe, daß ich nicht nur als Garnierung und in einer Alibifunktion hier sitze.

Ich kann ganz gut an Herrn Kittlaus anknüpfen. Er hat mir aus dem Herzen gesprochen. indem er vor der Unterschätzung der Vergangenheitsaufarbeitung, auch der justitiellen, gewarnt hat.

Die Erwartungen an den Rechtsstaat – und damit möchte ich beginnen – sind sehr hoch, um so höher, je schmerzlicher die Erfahrungen im Unrechtsstaat waren. Andererseits lassen sich die Erwartungen aber auch auf eine simple Formel bringen: Wer Unrecht begangen hat, muß bestraft werden. Dieses Rechtsbewußtsein hat sich durchaus bei der Mehrheit der Bevölkerung in der ehemaligen DDR trotz fehlender Rechtsstaatlichkeit und meistens bei nie wirklich erlebter Rechtsstaatlichkeit erhalten, sei es, weil sich der DDR-Staat bemühte, den Anschein von Rechtsstaatlichkeit zu wahren, sei es, weil sich ein Gerechtigkeitsbedürfnis aus tieferen Erfahrungsquellen speist denn aus